

und andere mindestens ebenso nützlich und gut zu lesen wie z. B. die Makka-bäer-Bücher.

Vo.

SPANNUNGSFELD POLITIK

Heidrun Abromeit / Göttrik Wewer (Hg.), Die Kirchen und die Politik. Beiträge zu einem ungeklärten Verhältnis. Westdeutscher Verlag, Opladen 1989. 297 Seiten. Kt. DM 46,—.

Den Kirchen in der alten Bundesrepublik Deutschland ist die grundgesetzlich geregelte Trennung von Staat und Kirche außerordentlich gut bekommen. Keine Partikularkirche auf der ganzen Welt ist heute so reich und so einflußreich wie die EKD mit ihren Mitgliedskirchen und die katholischen Diözesen in der BRD. Liegt das daran, daß das Grundgesetz – zuzüglich seiner kirchenfreundlichen Interpretation durch das Bundesverfassungsgericht – die Kirchen zwar von allen Verpflichtungen gegenüber dem Staat entbindet, während gleichzeitig die Kirchen den Staat für ihre Ansprüche weiter in Pflicht nehmen dürfen (wie Ulrich K. Preuss S. 129 meint)?

Politikwissenschaftlich entziehen sich die Kirchen erfolgreich einer Einordnung. Das wird besonders anschaulich im Beitrag von H. Abromeit, indem sie die Institution Kirche als Organisationsform „Interessenverband“ zu beschreiben versucht. Der Vergleich zwischen synodalen und demokratischen Strukturen scheidet daran, daß die Kirchen für sich in Anspruch nehmen, „höhere“ Interessen zu vertreten, die nicht mehrheitlich abstimmbare sind. Die Kirche vertritt nicht – wie ein Interessenverband – die Interessen ihrer Mitglieder in der Öffentlichkeit, sondern dogmatische, geistliche oder wie immer zu beschreibende Anliegen gegenüber ihren Mitgliedern. Das muß unweigerlich

immer wieder zu hierarchischen Strukturen führen. Interessenverbände müssen sich durch den Nachweis der Effizienz eine Sanktionsmacht aufbauen; die Kirchen dagegen verfügen über eine praktisch unkontrollierbare Sanktionsmacht gegenüber ihren Mitgliedern, die sich keiner Effizienzkontrolle unterwerfen läßt.

All das ist sowohl innerhalb wie außerhalb der Kirche bekannt und unbestritten. In dieser Publikation fehlen allerdings die dazu üblicherweise vorgebrachten Beschönigungen von innerhalb der Kirche oder die Angriffe, die meist von außerhalb der Kirche dagegen gerichtet werden. Es fällt allerdings auf, daß solche Angriffe (in den 70er Jahren noch von der FDP vorgetragen) immer schwächer und seltener werden. Während gerade die evangelischen Kirchen kontinuierlich an Mitgliedern verlieren, also zu einer „Volkskirche ohne Kirchenvolk“ werden, hat sich die Institution Kirche als Legitimations- und Stabilisierungsinstanz im Staat fest etabliert. Inwieweit sie damit das von Robert N. Bellah sogenannte Phänomen der Civil Religion verkörpert, wird leider nicht erörtert (vgl. Civil Religion in Deutschland, Studententagung von LWB und EKD, epd-Dok Nr. 18 + 35/1987).

Relativ kritisch wird in dem Band das kirchliche Finanzgebaren beurteilt, und zwar insbesondere deshalb, weil ein Mangel an ausreichenden Informationen zu beklagen ist. Besonders undurchsichtig scheinen die Finanzströme in den katholischen Diözesen zu fließen. Daß hier die Öffentlichkeit nicht kritischer nachfragt, hängt offenbar mit einem fortbestehenden Vertrauensvorschuß gegenüber den Kirchen auch in der säkularisierten Gesellschaft zusammen. Denn die bundesdeutsche Gesellschaft scheint – bei rapide abnehmendem Glaubenswissen und rückläufiger Teil-

nahme an den zentralen kirchlichen Angeboten – diese Kirchen geradezu zu benötigen, um der pluralistischen Ausdifferenzierung eine (metaphysische) Einheitsweihe zu geben. So wirkt die institutionelle Kirche als staatstragender Faktor bei gleichzeitiger Entfernung von ihrer oft prophetisch-kritischen Basis. Wewer fragt (S. 10), ob nicht inzwischen der Staat der Kirche den Bestand sichert – sogar gegen ihre eigenen Mitglieder.

Für Theologen ist diese Sammlung politologischer und (kirchen-) soziologischer Aufsätze insofern lehrreich, als sie verdeutlichen, wie wenig (insbesondere akademisch-) theologische Einsichten und Urteile auf das Erscheinungsbild der Institution Kirche Einfluß nehmen. Die verfaßte Kirche ist ein politischer Machtfaktor unter anderen, wobei theologische Argumente mit mehr oder weniger Erfolg zur Legitimation und Stabilisierung dieser Position benutzt werden. Die Glaubwürdigkeit der Kirche nimmt aber Schaden, wenn die Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen geglaubter und erfahrener Kirche (W. Huber) zu groß wird. Es ist an der Zeit, das strukturelle und institutionelle Erscheinungsbild von Kirche (*ecclesia visibilis*) deutlicher in die theologische und ökumenische Diskussion einzubeziehen.

Götz Planer-Friedrich

Herwig Wagner (Hg.), *Kairos? Perspektiven für eine evangelische Ethik in politischen Spannungs- und Umbruchsituationen – konkret: Südafrika*. Lutherisches Verlagshaus, Hannover 1989. 239 Seiten. Br. DM 12,80.

„Wir fordern alle verpflichteten Christen auf, diese Sache weiter zu verfolgen, mehr nachzuforschen, die Themen ... weiter zu entwickeln oder Kritik zu üben und mit den Fragen unserer Zeit zur Bibel zurückzukehren, so wie wir es versucht haben“ (Die Zeichen der Zeit

9/87, S. 233). Diese Sätze standen in der ersten Fassung des Kairos-Dokumentes (1985), mit dem südafrikanische Christen auf die aktuelle Situation der Apartheid in ihrem Land reagiert hatten. Jener Appell aus Südafrika zur weiterführenden Diskussion wurde vom Landesausschuß für Weltmission und Ökumene der Evang.-Luth. Kirche in Bayern aufgenommen. Eine Studiengruppe sollte Leitlinien für ein christlich verantwortetes Denken und Urteilen in politischen Krisensituationen, wie sie konkret in Südafrika existieren, erarbeiten. Diese Gruppe aus Synodalen, Hochschullehrern, dem Direktor des Missionswerkes und dem Ökumenereferenten der Landeskirche legt hier ihr Arbeitsergebnis vor. Darin betont man vor allem den politischen Auftrag der Kirche. Die christliche Kirche darf im Kampf für eine bessere Staatsordnung und für die Grundbedingung von Leben, Freiheit und Gerechtigkeit nicht abseits stehen. Allerdings hat sich „Kirche“ als Glaubensgemeinschaft unbedingt zur Gewaltfreiheit zu bekennen. Sie kann aber gleichzeitig die individuelle Gewissensentscheidung einzelner Christen zur Gewaltanwendung achten. Sehr sorgfältig durchdacht erscheinen mir die Aussagen über die Kontextualität ethischer Direktiven. Die Bedeutung der jeweiligen Situation und die Grenzen einer kontextuellen Theologie werden einsichtig benannt. Christliche Ethik stellt sich in den Dienst und Willen Gottes, indem sie jeweils am Ort nach dem Notwendigen, dem Möglichen und dem Angemessenen fragt. Es ist den Autoren gelungen, in einer verständlichen und leicht lesbaren Sprache zu schreiben, die auf theologische Fachtermini verzichtet. Daher leistet diese Veröffentlichung m.E. eine gute Einführung in die verschiedenen Problem-bereiche politischer Ethik.

Udo Müller